

Gemeinsamer Aufruf gegen NPD – Bundesparteitag in Reinickendorf

Anfang April will die neonazistische NPD ihren Bundesparteitag in Reinickendorf abhalten. Das Fontanehaus oder der Ernst-Reuter-Saal in unserem Bezirk sollen am 4. oder 11. April als Podium für ihre nationalistische und menschenverachtende Propaganda missbraucht werden.

Die NPD-Propaganda zielt darauf ab, Hass zu verbreiten, auszugrenzen und den Menschen einfache Lösungen als Erfolgsrezepte vorzugaukeln. Dabei ist es nicht zuletzt die rechte Gewalt, die selbst längst zu einem politischen und wirtschaftlichen Standortrisiko in Teilen Berlins und der neuen Länder geworden ist.

Es ist schwierig, einer nicht verbotenen Partei den Zutritt zu den Räumen des Bezirkes zu verweigern. Umso leichter sollte es aber uns Bürgerinnen und Bürgern fallen, der NPD zu zeigen, wie unwillkommen sie im Bezirk Reinickendorf ist.

Das Reinickendorfer Bezirksamt hat angekündigt, es auf einen Rechtsstreit ankommen zu lassen, um nicht an die NPD vermieten zu müssen. Dies begrüßen wir. Doch in den letzten Jahren ist es der Partei, die in Berlin bereits in mehreren Bezirksverordnetenversammlungen sitzt, leider mehrfach gelungen, sich die Nutzung von kommunalen Räumlichkeiten für Parteiveranstaltungen vor Gericht zu erstreiten. „Die Nazis gehen dort hin, wo es schon einmal geklappt hat“ stellt dazu die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin fest.

Schon 2006 hat die NPD ihren Bundesparteitag im Fontanehaus abgehalten. Der damalige öffentliche Protest der Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürger ist der NPD nicht Anlass genug davon Abstand zu nehmen, schon wieder in Reinickendorf aufzutreten. Vielleicht waren wir 2006 nicht deutlich genug. Zeigen wir ihnen also dieses Mal mit vielen Menschen auf der Straße, dass sie sich nicht so einfach bei uns einnisten können, weil wir sie hier in unserem Bezirk nicht haben wollen!

Demokratische Parteien stehen in der gemeinsamen Verantwortung, gegen die NPD zu protestieren und so ein Zeichen gegen rechte Gewalt zu setzen. NPD-Veranstaltungen dürfen nicht als Selbstverständlichkeit hingenommen und geduldet werden.

Wir wollen verantwortlich der menschenverachtenden Ideologie und der mörderischen Praxis des Neofaschismus entgegentreten. Wir wünschen uns, dass sich viele Menschen unterschiedlicher sozialer und politischer Herkunft zu einer gemeinsamen Aktion gegen Hass, Gewalt und Ausgrenzung zusammenfinden.

Gemeinsam rufen wir daher alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger auf, machtvoll für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten und sich mit uns an den Kundgebungen gegen die NPD in Reinickendorf zu beteiligen!



Dr. F. Steffel
CDU



P. Senftleben
SPD



H. von Marschall
B90/Die Grünen



N. Raeder
Die Grauen



Dr. D. Schramm
FDP